

# Röttgens Streich

Bundesumweltminister Norbert Röttgen will die **Solarstromvergütung** bereits zum April deutlich **kürzen**. Die Fraktionen sehen Nachbesserungsbedarf, folgen aber seinem Grundansatz. Dennoch hofft die Solarbranche, dass die Pläne noch gekippt werden.

Text: Sascha Rentzing

Selbst aus den Vereinigten Arabischen Emiraten kommen Drohungen. Rainer Gegenwart, Chef des Solarproduzenten Masdar Photovoltaics (PV), erklärte jüngst in Abu Dhabi: Er werde sich nicht für den Ausbau des neuen Masdar-Werks in Ichtershausen bei Erfurt stark machen, falls die Bundesregierung bei ihrer Absicht bleibe, die Einspeisevergütung für Solarstrom im April um rund 15 Prozent abzusenken. Gegenwart echauffierte sich über den am 20. Januar von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) vorgestellten Gesetzesplan zum Abbau der Photovoltaik(PV)-Förderung. Ursprünglich wollte Masdar PV die Kapazität seiner thüringischen Dünnschichtfertigung von 210 Megawatt (MW) in Abhängigkeit von der Marktentwicklung zweimal verdoppeln. Stattdessen könne auch in den Vereinigten Staaten ein neues Werk gebaut werden, so Gegenwart.

Der Solarmanager wird die Suche nach einem geeigneten Standort wohl bald intensivieren müssen. Zwar ringen die Fraktionen im laufenden Gesetzgebungsverfahren noch um den einen oder anderen Prozentpunkt bei der Förderung sowie um den Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieser Neuregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Doch in der Kernfrage sind sich CDU, CSU und FDP mit Röttgen einig: Die Fördertarife sollen schnell deutlich gekappt werden, um Verbraucher zu entlasten.

Konkret will der Minister die Einspeisevergütung für Dachanlagen ab April und für Freilandkraftwerke ab Juli zusätzlich um 15 Prozent auf 33 Cent pro Kilowattstunde (kWh) senken (siehe Tabelle). Der stark gewachsene und umstrittene PV-Einsatz auf Ackerflächen (siehe Seite 46) soll deutlicher gebremst werden: Hier schlägt Röttgen eine einmalige Kürzung um 25 Prozent vor.

## Rasanter Zubau

Grund für die Kappungspläne des Ministers ist der enorme PV-Zubau der vergangenen beiden Jahre und die in Folge stark gestiegenen Förderkosten für Solarstrom. Nach den jüngst bekannt gewordenen Zahlen des Bundesverbands der Energie- und



Norbert Röttgens Credo: „Wir wollen die Markteinführung fördern und nicht Existenzgarantien für einzelne Unternehmen geben.“

Wasserwirtschaft (BDEW), die hierzulande alle deutschen Netzbetreiber abfragen, gingen bereits im Jahr 2008 neue PV-Anlagen mit einer Leistung von 1964 MW an den Start. Seit 2009 müssen alle Neuinstalltionen der Bundesnetzagentur gemeldet werden, die Zahlen sind damit auch schneller verfügbar: Die Statistik der Bonner Behörde weist allein zum 31. Oktober 2009 bereits einen Zuwachs von 1848 MW PV-Leistung aus, rund 1000 MW könnten, so die Prognosen, bis zum 31. Dezember hinzugekommen sein.

Erklären lässt sich dieser Boom unter anderem mit dem Preisverfall bei Solarmodulen: Paneele sind wegen Überproduktion und preisaggressiven Angeboten aus China allein im Verlaufe des vorigen Jahres rund 40 Prozent billiger geworden (neue energie 12/2009). Gleichzeitig sanken 2009 die Fördertarife gemäß der im EEG eingebauten Degression aber nur um acht bis zehn Prozent. Das erhöhte die Renditen und trieb in Deutschland viele Investoren auf die Dächer und ins Freiland. Die von den Verbrauchern zu tragenden Vergütungen

sind zugleich stark angewachsen: Die Bruttokosten für die PV-Einspeisevergütung steigen nach den Schätzungen der Netzbetreiber von rund 2,2 (2008) auf annähernd drei Milliarden Euro (2009). Für 2010 werden knapp 3,9 Milliarden Euro erwartet – so die Prognose zur EEG-Umlage vom Oktober vorigen Jahres.

Das Abschmelzen der Förderung ist für Röttgen „eine logische Konsequenz des Erfolgs der Photovoltaik im Markt“. Es sei daher „nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten“ die Förderung zu verringern. Und dies soll kein einmaliger Vorgang sein: Röttgen will die Degressionsraten ab 2011 je nach Menge der neu gebauten Anlagen weiter verschärfen. Ziel für den jährlichen PV-Ausbau seien 3000 MW, so der Minister. Sollte der Zubau in diesem Jahr 3500 MW übersteigen, würde die Degression zum Jahreswechsel um weitere 2,5 Prozentpunkte angehoben. Bei jedem Marktzuwachs in 1000-MW-Schritten reduzieren sich die Tarife um erneut 2,5 Prozent, bei 6500 MW käme man demnach auf einen Gesamtabschlag von 34 Prozent. Wenn das Markt-

wachstum 2010 aber unter 2500 MW falle, könne die Degression um 2,5 Prozent geringer ausfallen, bei weniger als 2000 MW Zubau sogar um fünf Prozent. Unter der angestrebten Neuregelung sollen aber nicht die Besitzer von Dachanlagen leiden, die ihren Strom selbst nutzen und nicht ins Netz einspeisen: Sie erhalten statt bisher 3,5 künftig 5,0 Cent pro kWh. Mit der stärkeren Förderung des Eigenverbrauchs wolle man „einen Beitrag leisten zur Dezentralisierung der Energieerzeugung und einen Stimulus setzen für Speichertechnologie“, erläutert der Minister. Sein Fazit: Durch die veränderte Förderung würden Verbraucher jährlich um rund eine Milliarde Euro entlastet.

Verbraucherschützer hatten sich in der Anhörung im Umweltministerium für eine noch stärkere Absenkung stark gemacht, halten Röttgens Pläne aber für „tragfähig“. „Wir würden nichts mehr ändern“, sagt Holger Krawinkel vom Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Die Solarbranche kritisiert die Pläne dagegen scharf: Die Förderkürzung summiere sich von 31. Dezember 2009 bis 1. Januar 2011 je nach Wachstum und Marktsegment auf 25,5 bis 55 Prozentpunkte, erklärt Carsten Körnig vom Bundesverband Solarwirtschaft (BSW). „Ein derart radikaler und plötzlicher Einschnitt beraubt deutsche Solarunternehmen der Geschäftsgrundlage. Es bleiben ihnen keine Investitionsspielräume, um im harten internationalen Wettbewerb zu bestehen.“ „Die Kappung kommt zu früh“, sagt auch Wolfgang Seeliger, Analyst der Landesbank Baden-Württemberg. Firmen würden infolgedessen ihre Produktionen nach Asien verlagern, wo sie billiger fertigen könnten.

„Deutschland gibt mit den Solarzellen eine Schlüsseltechnik aus der Hand“, prophezeit der Analyst.

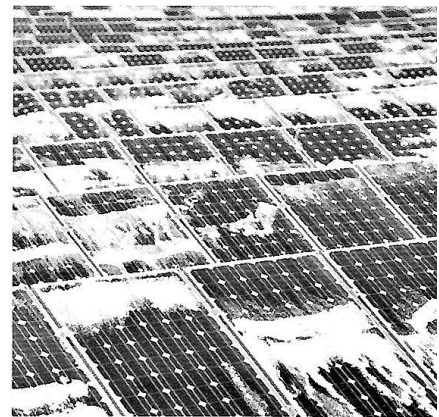
### Nur marginale Korrekturen im Parlament?

Derzeit sieht es allerdings nicht so aus, als würden Regierungsveterane diese Argumente hören. Das Wirtschaftsministerium folgt dem gleichen Kurs: Einen Tag bevor Röttgen seine Absichten kundtat, hatte FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle unter Berufung auf ein vom BMWi in Auftrag gegebenes Gutachten bereits für eine 16- bis 17-prozentige Tarifreduktion plädiert.

Dass die Kürzungen einige Firmen hart treffen werden, scheint dem Umweltminister bewusst zu sein. Er sagt dazu trotzig: „Wir wollen Markteinführung fördern und nicht Existenzgarantien für einzelne Unternehmen geben.“ Deshalb will er seine Gesetzespläne schon zum 1. April durchsetzen. Das Kabinett soll noch Anfang Februar darüber befinden. Der Regierungsentwurf würde voraussichtlich im März nach einer formalen Phase im Bundesrat dem Bundestag zugeleitet und dort in einem normalen Verfahren behandelt. Anschließend käme das Papier in den Bundesrat, der aber nicht zustimmungspflichtig ist. Soll das Gesetz zum 1. April wirksam werden, muss es entweder im März durch den Bundestag oder später dann rückwirkend in Kraft treten.

Korrekturen sind jetzt nur im parlamentarischen Verfahren möglich. Gerade das EEG, das in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert (siehe Seite 10), ist ein Paradebeispiel dafür, wie stark Volksvertreter solche Regelungen mitgestalten können.

Kommt nun Gegenwind aus den Fraktionen? Zumindest melden einige Abgeordnete Gesprächsbedarf an. Röttgen müsse nachweisen, wie er auf die 15 Prozent komme, sagt Georg Nüsslein, energiepolitischer Sprecher der CSU. „Die zusätzliche Degression muss hinsichtlich ihrer Höhe entlang der kompletten Wertschöpfungskette überprüft werden. Wir brauchen solide verifizierbare Daten über die erzielbaren Margen.“ Nüss-



Kürzungskandidaten: Die Einspeisevergütung für solare Freilandkraftwerke soll ab Juli um 15 Prozent sinken, die Vergütung für PV-Anlagen auf Ackerflächen sogar um 25 Prozent.

lein plädiert außerdem dafür, die Änderungen für Dachanlagen erst zum 1. Juni und für Freiflächenanlagen zum 1. September in Kraft zu setzen. Die Bundesregierung müsse ein verlässlicher Förderer für Erneuerbare bleiben. Auch die CDU-Abgeordnete Maria Flachsbarth sieht zeitliche Probleme. Denn der sehr enge Zeitplan lässt kaum Spielraum für Diskussionen. „Der 1. April ist ehrgeizig. Weder sind bislang die Positionen in den Fraktionen abgestimmt noch gibt es einen Zeitplan“, sagte die Politikerin Ende Januar.

Die Solarbranche hofft indessen, dass die Phalanx der Kürzungsbefürworter ins Wanken gerät. „Das Kind ist noch nicht in den Brunnen gefallen“, sagt Körnig. Zumal sich auch in den Bundesländern Widerstand regt, die bereits eine veritable Solarindustrie aufgebaut haben. Gemeinsam mit den Wirtschaftsministern aus Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen will der BSW Schritte gegen die Förderkürzung unternehmen. „Durch Überzeugungsarbeit bei den Fraktionen und Ministerien wollen wir Einfluss aufs parlamentarische Verfahren nehmen“, so Körnig. Außerdem appelliere der BSW an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den aktuell vorgelegten Vorschlag zu korrigieren. „Das Thema muss zur Chefsache werden.“ ◀

### Die Kürzungspläne im Überblick: keine Chance für Ackeranlagen

	Dach	Freiland	Acker
Seit 1.1.2010 <sup>1)</sup>	39,14	28,43	28,43
ab 1.1.2011 <sup>1)</sup>	35,62 [- 9%]	25,87 [- 9%]	25,43 [- 9%]
<b>Geplant ab 1.4.2010</b>	<b>33,27 [- 15%]</b>		
<b>Geplant ab 1.7.2010</b>		<b>24,17 [- 15%]</b>	<b>21,32 [- 25%]</b>
<b>Geplant ab 1.1.2011</b>			
Bei 2,5 GW Zubau 2010 [- 6,5%]	31,11	22,59	20,40
Bei 3,0 GW [- 9%]	30,27	21,99	19,40
Bei 3,5 GW [- 11,5%]	29,44	21,39	18,87
Bei 4,5 GW [- 14%]	28,61	20,78	18,33
Bei 5,5 GW [- 16,5%]	27,78	20,18	17,80
Bei 6,5 GW [- 19%]	26,95	19,57	17,27

Aktuelle Vergütungssätze für Solarstrom und geplante neue Tarife in Cent je Kilowattstunde (zusätzliche Absenkung in Prozent)

<sup>1)</sup> Vergütungssätze gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz